

Schwere Drohungen und Übergriffe auf SINTRAMINERCOL – Mitverantwortung der „Schweizer“ Unternehmen Holcim und Glencor?

Sintraminercol, die Gewerkschaft der Arbeiter des staatlichen Bergbaukonzerns MINERCOL, kämpfen seit Jahren gegen eine neue Bergbaugesetzgebung, die den nationalen Interessen Kolumbiens schadet, sowie gegen die vollständige Restrukturierung des staatlichen Bergbausektors, die die Auflösung der staatlichen Betriebe zur Folge hätte. Der kolumbianische Staat würde nur noch eine schlanke Agentur unterhalten, die mit den multinationalen Unternehmen die Ausbeutungsabkommen abschliesst. Anfang März 2004 hat Sintraminercol zudem eine umfangreiche Studie veröffentlicht (La Gran Minería en Colombia: Las Ganancias del Exterminio), in der sie diese Zusammenhänge aufzeigt und die mit Unterstützung der multinationalen Firmen begangenen schweren Menschenrechtsverletzungen anklagt. Seither haben sich die Bedrohungen gegen Sintraminercol und insbesondere gegen deren Präsidenten Francisco Ramírez verstärkt.

Schliessung von MINERCOL

Die Gewerkschaft der Arbeiter der Staatlichen Bergbaugesellschaft MINERCOL, SINTRAMINERCOL, hat verschiedentlich über den Beschluss der Regierung Uribe informiert, ab Ende Oktober 2003 verschiedene staatliche Firmen des Bergbausektors zu schliessen¹. Dazu gehören v.a. MINERCOL Ltda und INGEOMINAS, die sich v.a. mit geologischen Fragen im Bergbau befasste. An deren Stelle soll eine neue Agentur namens COLGEOMIN entstehen, wo es keine Gewerkschaft mehr geben soll und die weder die Kompetenz noch ein Budget hat, um den Bergbaubereich und insbesondere die Geschäftstätigkeit multinationaler Firmen zu reglementieren und kontrollieren. Die kolumbianische Regierung hat gegenüber der Gewerkschaft zum Ausdruck gebracht, dass sie diese Firmen auf Grund eines politischen Entscheides schliessen will, und nicht weil sie nicht rentabel wären. Die Regierung von Alvaro Uribe gibt mit diesem Vorgehen dem Druck multilateraler Finanzinstitutionen wie der Weltbank und dem IWF ebenso statt wie dem Druck multinationaler Bergbauunternehmen. Zu diesen gehören auch der Schweizer Zementkonzern Holcim und die Rohstoffhandelsfirma Glencor in Zug. Gegenüber der öffentlichen Meinung stellt die Regierung MINERCOL jedoch als eine staatliche Industrie- und Handelsfirma dar, die ineffizient und stark defizitär sei und somit nicht länger erhalten werden könne. Die Auflösung von Minercol ist aber auch Teil des Planes der Regierung Uribe, die öffentliche Verwaltung zu erneuern, womit die Regierung in vier Jahren 40'000 staatliche Arbeitsplätze beseitigen will, um so das Budgetdefizit zu bekämpfen.

Die Multinationalen Firmen haben unter anderem über NGO wie das CERI (*Canadian Energy Research Institute*) und über Anwaltsbüros wie *Martínez y Córdoba Asociados* Druck ausgeübt. Sowohl das CERI wie auch das Anwaltsbüro erhielten von der kolumbianischen Regierung den Auftrag, an der Ausarbeitung einer neuen Bergbaugesetzgebung mitzuarbeiten. Auf diesem Weg konnten die multinationalen Firmen Artikel in das neue Gesetz einfließen lassen, die sie z.B. im Bereich der

¹ Siehe dazu „Offener Brief der kolumbianischen Bergbaugewerkschaften an Uribe, August 2003“, auf www.kolumbien-aktuell.ch

Steuerbelastung oder der Umweltauflagen enorm begünstigten. Der Artikel 317 des Gesetzes 685 von 2001 (neues Bergbaugesetz) sah auch die gesamte Restrukturierung des staatlichen Bergbausektors vor, um dem Staat Kontrollinstrumente aus der Hand zu nehmen, und auch um die Gewerkschaft SINTRAMINERCOL zu zerschlagen. Diese Gewerkschaft hat seit Jahren die endemische Korruption des Sektors, die einseitig die Multis begünstigenden Verträge und die schweren Menschenrechtsverletzungen denunziert.

Am 27. Januar 2004 erliess dann der Bergbauminister Luis Ernesto Mejía Castro die Resolution Nr. 180073, mit der MINERCOL seiner Aufgaben enthoben und der Auflösungsprozess damit begonnen wurde. Das Dekret 254 vom 28. Januar 2004 hält fest, dass der Auflösungsprozess von MINERCOL innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein muss.

Sintraminercol hat auch denunziert, dass parallel zur Auflösung von MINERCOL die militärischen und paramilitärischen Operationen in Regionen mit wichtigen Erzvorkommen stark zugenommen haben, so z.B. in La Gabarra in Nord-Santander sowie in der Hügelkette Serranía de San Lucas im Süden Bolívars, wo die Bevölkerung eingekesselt und die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten durch Paramilitärs unterbunden ist, ganze Weiler niedergebrannt werden und die Region bombardiert wird.

„Der grossflächige Bergbau in Kolumbien: Gewinne durch Ausrottung“

Am 9. März 2004 organisierten verschiedene NGO, Gewerkschaften und Universitätsprofessoren eine Pressekonferenz, um die Studie „La gran minería en Colombia: las ganancias del exterminio“ vorzustellen. Gleichzeitig wurde den Medien auch eine politische Erklärung in Petitionsform vorgestellt, die von 337 Persönlichkeiten, NGO, Gewerkschaften, Akademikern und Politikern aus der ganzen Welt unterzeichnet wurde. Darin wurde die Regierung Uribe aufgefordert, die Privatisierung der staatlichen Bergbaufirmen zu stoppen und die schwere Menschenrechtskrise im Umfeld des Bergbaus entschieden anzugehen. An diesem 9. März 2004 zwischen 10 und 11 Uhr morgens begaben sich etwa 25 verdächtige, zivil gekleidete aber teilweise bewaffnete Männer zum Eingang der Gewerkschaft Sintraminercol im Gebäude von MINERCOL, und versuchten ins Innere des Gebäudes zu gelangen. Dies stellte eine klare Bedrohung gegen SINTRAMINERCOL dar. Einige dieser Personen gaben sich als Mitglieder von FUNTRAMINERGETICA (Vereinigung der Arbeiter des Bergbau- und Energiesektors) aus, was die Sicherheitsleute der Gewerkschaft alarmierte. Bei der Überprüfung dieser Personen stellte sich heraus, dass zwei Personen Mitarbeiter des staatlichen Sicherheitsdepartements DAS waren. Es kommt häufig vor, dass Mitarbeiter dieses Sicherheitsdienstes und auch anderer Polizei- und Nachrichtendienstorganen verdeckt operieren, d.h. zivil gekleidet, ohne sich zu erkennen zu geben und unter Vorgabe falscher Identitäten und Absichten. Dieses Vorgehen setzt die betroffenen sozialen Führungspersonen einer erhöhten Unsicherheit aus. SINTRAMINERCOL und die anderen an der Pressekonferenz beteiligten Organisationen protestierten denn auch heftigst dagegen, dass am selben Tag, an dem durch den Staat und durch multinationale Unternehmen begangene Menschenrechtsverletzungen denunziert werden, staatliche Akteure und Funktionäre erneut die Gewerkschaftsbewegung bedrohen. In der Folge kam es zu immer neuen Einschüchterungsversuchen und Todesdrohungen, insbesondere gegen den Präsidenten der Gewerkschaft SINTRAMINERCOL, Francisco Ramírez.

Neue Drohungen gegen SINTRAMINERCOL

Am Montag, 2. Mai 2004 explodierten beim Gebäude der Staatlichen Bergbaugesellschaft MINERCOL zwei schwache Sprengsätze. Das Gebäude liegt ziemlich Nahe am Stadtzentrum (Cl 32 con Kr. 13), in unmittelbarer Nähe eines Polizeipostens. Im dritten Stock hat die Gewerkschaft der Arbeiter von Minercol, SINTRAMINERCOL, ihre Büros, und im selben Gebäude haben noch weitere Gewerkschaften und Arbeiterkooperativen ihre Büros. Vor dem Hintergrund der Ereignisse der letzten Wochen und Monaten ist jedoch klar, dass dieses Attentat gegen SINTRAMINERCOL gerichtet war. Dieses Attentat ereignete sich einen Tag nach dem der Präsident der Gewerkschaft SINTRAMINERCOL, Francisco Ramírez, verschiedene Vorkommnisse im Bergbausektor in einem Interview mit einer Fernsehstation zum 1. Mai denunziert hatte. Zudem hatten SINTRAMINERCOL und Gewerkschaft der Erdölarbeiter USO anlässlich einer öffentlichen Anhörung des Bergbauministers am 28. April 2004 eine Protestaktion durchgeführt, damit die Vorschläge der Arbeiter zu den Konflikten bei der Ausbeutung von Erdöl und Mineralienvorkommen endlich angehört werden. Zwei Tage später wurde der Präsident der Bogotaner Sektion der USO, Ramiro Luna, entlassen, da er bei diesem Protest der Wortführer war.

SINTRAMINERCOL und deren Führungsmitglieder sind aber auch anderweitig ständigen Bedrohungen und Einschüchterungen ausgesetzt. So kommen immer wieder unbekannte Personen zum Gewerkschaftssitz und fragen nach Francisco Ramírez. Dabei geben sich diese Personen als Vertriebene aus, die vom IKRK geschickt worden seien, als Studenten in Menschenrechtsarbeit oder einfach als Freunde von Francisco, die mit ihm abgemacht hätten. Bei näherer Überprüfung stellten sich diese Angaben immer als falsch heraus. Zudem wird das Gebäude, worin SINTRAMINERCOL ihren Sitz hat, immer wieder von verdächtigen Personen in Privatautos oder Taxis beobachtet. Insbesondere Francisco Ramírez wurde während des 1. Mai-Marsches von einem verdächtigen Individuum gefolgt. Als die Leibwächter von Ramírez die Polizei darüber informierten und diese das Individuum kontrollierten, stellte sich heraus, dass es sich um eine Mitglied des Nationalen Geheimdienstes des Polizei SIPOL handelte.

Die Regierung ist daran, die Staatsfirma MINERCOL zu liquidieren, und den Bergbausektor weitestgehend der Kontrolle ausländischer Multis zu überlassen. SINTRAMINERCOL hat denunziert, dass Minercol gestützt auf den Art. 317 des Gesetzes 685 von 2001 (neues Bergbaugesetz) aufgelöst wird, und dass ausländische Firmen Einfluss auf die Ausgestaltung dieses Gesetzes genommen haben. So hat z.B. die Anwaltskanzlei, die auch die Zementfirmen Holcim (Schweiz), Cemex und Ladrillera Santafé vertritt, wesentlich an der Ausarbeitung dieses Gesetzes mitgewirkt und war damit in einen Interessenkonflikt verwickelt. SINTRAMINERCOL hat aber auch immer wieder die Beteiligung staatlicher Sicherheitskräfte und die Mitverantwortung ausländischer Unternehmen bei schweren Menschenrechtsverletzungen an der Bevölkerung in der Nähe von Minen und an den Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern der Bergbauunternehmen denunziert. In gewissen Fällen kann nachgewiesen werden, wie durch militärische und paramilitärische Operationen die „Sicherheit“ der Minen und der Abbauprojekte garantiert wird. Multinationale Unternehmen bezahlen häufig direkt Gelder an lokale Bataillone, damit sie für die Sicherheit besorgt sind, und die USA leiten ihre Militärhilfe mit Vorliebe in Regionen, wo US-Unternehmen Förderinteressen haben. Die derartig unterstützten Armeeeinheiten stehen in vielen Fällen im Verdacht, mit paramilitärischen Gruppen zusammen zu arbeiten.

Verfolgung von Landbesitzern im Umfeld der Kohlemine Cerrejón

Weiter kam es 12. April 2004 in der Gemeinde Barrancas im Departement Guajira zur Verhaftung des afrokolumbianischen Kleinbauern und Gemeindeführers Aaulfo Aurelio Palmesano Arregoces. Aaulfo wurde von Mitgliedern des Sicherheitsdepartements DAS verhaftet, die in einem Fahrzeug mit dunklen Scheiben kamen und keinerlei Abzeichen des DAS trugen. Diese machten geltend, dass ein Haftbefehl gegen Aaulfo wegen Viehhandel bestehe, zeigten ihm den angeblichen Haftbefehl aber nie. Nach zehn Tagen Polizeihaft in der Guajira, während denen Aaulfo insbesondere psychisch gefoltert wurde, wurde er nach Bogotá verlegt und befindet sich nun im berüchtigten Gefängnis „Modelo“. Angeklagt ist er wegen Erpressung und Unterstützung der Guerilla, gestützt auf Aussagen einer Frau, die den multinationalen Firmen, die in der Mine Cerrejón Kohle abbauen, nahe steht. Erwähnenswert ist, dass bei der polizeilichen Befragung von Aaulfo drei Mitarbeiter der US-Botschaft anwesend waren, bis die Verteidigung von Aaulfo dagegen protestierte.

Es scheint sich hierbei um einen Komplott gegen die Bevölkerung in unmittelbarer Umgebung dieser Kohlemine zu handeln, da sich die Bevölkerung organisiert und sich weigert, ihre Parzellen zu lächerlichen Preisen zu verkaufen. Das einzige Verbrechen von Aaulfo und seiner Familie ist denn auch, Land in der Nähe der Mine zu besitzen und sich dem Verkauf zu widersetzen. Mitte der 90er Jahre hatte die Familie Palmesano Arregoces 68 Hektaren an die multinationalen Bergbauunternehmen verkauft, sich aber geweigert, weitere Ländereien auf der gegenüberliegenden Flussseite zu verkaufen. In dem nun die Führungspersonen verhaftet werden, hofft der kolumbianische Staat und die drei Multis Angloamerican, BHP Billinton und Glencor (Schweiz), die Bevölkerung zum Verkauf der Parzellen zwingen zu können. Zudem wenden diese Firmen weitere Druckmittel an, in dem sie in den betroffenen Weiler mehrere Male für Tage oder gar Wochen die Stromversorgung kappten, das Trinkwasser verschmutzten und Mitglieder der betroffenen Gemeinschaft mit dem Tod bedrohten.